

Protokoll der Parteiversammlung vom 27. Oktober 2021

Vorsitz: W. Portmann
Protokoll: A. Joss
Zeit: 19:30 Uhr – 21:30 Uhr
Ort: Restaurant Neubüel, Wädenswil
Anwesend: 20 Mitglieder und 2 Gäste
Entschuldigt: Patricia Tschudi, Max Vetterli

1. Einleitung/Grusswort des Präsidenten

Walter Portmann begrüsst die anwesenden Mitglieder und bedankt sich für das zahlreiche Erscheinen und hält folgende Begrüssungsansprache:

«Liebe Parteimitglieder

Schön, dass Ihr Zeit gefunden habt, danke für Euer Erscheinen heute Abend.

Das Programm ist reichlich befrachtet und wird wohl noch Diskussionen aufwerfen, daher halte ich mich kurz. Ich bitte Euch alle, bereits jetzt für die SVP Wädenswil zu werben bezüglich Stadtrats- und Gemeinderatswahlen, wir können nicht früh genug damit beginnen.

Wir müssen unsere Stärke behalten oder noch besser, ausbauen und zwar kommunal, kantonale und national. Wir besetzen die richtigen Themen und es wird ein harter Kampf gegen diese links-grünen Wahn-Ideologien, welche nur zwei Ziele verfolgen: Totale Umgestaltung der Gesellschaft und Abschaffung des Kapitalismus, von dem diese selber aber ja hervorragend leben!!

Nun zum Organisatorischen:

Die Traktandenliste und einige Expl. des letzten Protokolls liegen auf den Tischen auf.

Auf dem Tisch beim Fenster sind Bonbons, Gadgets und einige Broschüren aufliegend, bedient Euch.

Die Anwesenheitsliste zirkuliert, bitte rasch eintragen und weiter geben.

Wir haben noch die Liste für die Kandidatur zur Schulpflege OSW hier, 15 Personen müssen sich da eintragen und unterzeichnen, ich bitte Euch also, hier Corinne zu unterstützen, sodass wir die Liste fristgerecht einreichen können.

Die Stimmen zählen wir wieder von hier vorne, ich denke, das wird so genehmigt.

Nun genug der Worte, ich schlage vor, dass wir sogleich anfangen mit den Referaten zu den Abstimmungen.»

2. Protokoll der Parteiversammlung 21. September 2021

Das Protokoll der Parteiversammlung liegt auf und wird genehmigt.

3. Eidgenössische Abstimmungen

a) Pflegeinitiative

Walter Portmann informiert über die Pflegeinitiative:

«Die Pflegeinitiative verspricht zu viel und ist so einfach nicht umsetzbar. Der Bund ist nicht zuständig und mischt sich da in etwas ein, was in die Zuständigkeit der Kantone und der Einrichtungen fällt.

Dass eine Branche per Gesetz geregelt werden soll in allen Bereichen, geht nicht an, sonst wird das Schule machen und dann kommen dann Assistenzärzte, Polizei, OeV, Detailhandel, etc. auch und wir haben eine Zentralwirtschaft, was nicht angeht.

Die Initiative greift ein Problem auf, das wichtig ist und die Mängel sind erkannt. Der Bund kann und soll da helfen, wo er darf und kann und das bedeutet, er macht eine Ausbildungsoffensive und behebt den Fachpersonalmangel. Alles andere ist Sache der Kantone und der Spital- und Pflegeeinrichtungen, von denen ja ca. 50% private Besitzer haben und der Kanton auch nicht einfach über diese bestimmen kann, da spielt die freie Marktwirtschaft.

Es ist auch nicht so, dass alle in dieser Branche grossem Stress unterliegen oder schlecht bezahlt sind, es ist ein bestimmter Anteil, der sich nun Präsenz in den Medien verschafft hat und das Mitgefühl der Leute abgeholt hat. Ich war öfters in Spitälern oder Pflegeheimen als Besucher in den letzten Jahren und ich habe eigentlich nie gestresstes, erschöpftes Personal angetroffen, die hatten Zeit für ein kurzes Gespräch, hatten ihre Pausen und herumrennen habe ich auch niemanden gesehen.

Die Initiative hat einen grossen negativen Punkt: Bei einem JA wird die Umsetzung ca. 4 Jahre benötigen, so viel Zeit hat der BR und das Parlament und die werden das auch ausnutzen. Wenn die Initiative abgelehnt wird, tritt der indirekte Gegenvorschlag automatisch in Kraft und die Ausbildungsoffensive startet sofort.

Die Löhne und die Arbeitsbedingungen müssen die Besitzer und Angestellten unter sich aushandeln, das kann über Personalkommissionen oder Personalverbände geschehen, kantonal könnten auch GAV errichtet werden. Der Bund muss sich da raushalten.

Bei einem JA würde die Marktwirtschaft in dieser Branche abgewürgt, es würde sich also 4 Jahre lang nichts ändern und Bürokratie und Kosten würden enorm ansteigen.

Aus all diesen Überlegungen empfehle ich ein NEIN zur Pflegeinitiative.

Bundesrat und beide Parlamente lehnen die Initiative klar ab, wie auch die nationale SVP.

Kleines Nachwort:

Dies ist nicht gegen das Pflegepersonal gerichtet, aber wir müssen aufpassen, dass nicht jede Branche bei einem Notstand und zeitlich limitierten Mehreinsatz den Staat anruft. Ich schätze das Pflegepersonal sehr, aber hier ginge es zu weit.»

Die Versammlung beschliesst mit 17 zu 2 Stimmen bei einer Enthaltung die **Nein**-Parole.

b) Justizinitiative

Walter Portmann informiert über die Justizinitiative:

«Für diese Initiative spricht:

Parteilose könnten auch gewählt werden, so kämen evtl. noch fähigere Personen zum Zuge (nur 5% der Bevölkerung gehören einer Partei an, aber die Parteien bestimmen die Richterkandidaten)

Das Wahlprozedere alle 6 Jahre würde überflüssig, da die Richter auf Lebzeiten (max. bis Alter 70) gewählt wären. Die Parlamente hätten ein Abwahlrecht, aber nur bei klaren Verstössen. Die Bundesrichter wären freier in ihren Entscheidungen, da sie nicht parteigebunden wären und keine Mandatsbeiträge mehr abgeben müssten.

Gegen die Initiative spricht:

Auch wenn die Kandidaten von einer Findungskommission ausgewählt werden, würde letztendlich das Los dann entscheiden und ob das für ein solches Amt richtig ist, muss doch bezweifelt werden.

Durch einen Losentscheid würde das heutige Prinzip des Parteienproporz, der Sprachregionen und der Geschlechterverteilung aufgehoben.

Ich möchte noch anfügen, dass heute sehr viele Entscheide nicht nach parteipolitischen Wünschen erfolgen und die Bundesrichter häufig internationales oder EU-Recht anwenden, also von Parteibeeinflussung kann eigentlich keine Rede sein.
Viele Entscheide fallen auch nicht zu Gunsten der Schweiz, der Kantone oder der Bürger aus, was manchmal Fragezeichen hinterlässt, aber eben auch auf die Unabhängigkeit der Bundesrichter hinweist.
Bundesrat und beide Parlamente lehnen diese Initiative einstimmig ab!
Die SVP lehnt diese Initiative klar ab.
Ich empfehle daher ein klares NEIN zu dieser Initiative.»

Die Versammlung beschliesst einstimmig die **Nein-Parole**.

c) Covid-19-Gesetz

Nicolas Rasper weist darauf hin, dass das Covid-Zertifikat im Fokus der Gesetzesvorlage stehe, wobei daneben auch noch die finanziellen Unterstützungen für Veranstalter etc. geregelt würden. Die Zweiklassengesellschaft, die aufgrund der Zertifikatspflicht entstehe, sei problematisch. Zudem werde nicht genügend Rücksicht auf die unterschiedlichen Altersklassen genommen und es würden gewisse Bevölkerungsteile aus dem gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt. Weiter sei die umfangreiche Datensammlung bedenklich. Der Bundesrat habe bezüglich der Reisefreiheit zu Recht relativiert, dass auf freiwilliger Basis ein Zertifikat verwendet werden könne.

Walter Portmann weist darauf hin, dass das Covid-19-Gesetz von verschiedenen Rechtsgelehrten als verfassungswidrig angesehen würde. Zudem führe das Covid-19-Gesetz zu einer Spaltung. Einzig die wirtschaftliche Hilfestellung sei zu begrüssen, wobei es dafür das Covid-19-Gesetz nicht bedürfe.

Die Versammlung beschliesst mit 16 zu 3 Stimmen bei einer Enthaltung die **Nein-Parole**.

4. Kantonale Abstimmung: Energiegesetz

Sandy Bossert informiert über das Energiegesetz:

«Der Frühling isch das neue Energiegesetz vom Kanton Zürich im Kantonsrat verabschiedet wordä. Als Mitglied vo dere Kommission bin ich vo Afang a debii gsi und ha dä Baudirekter Martin Neukom in Höchstform erlebt. Er hätt das voll nach sim grünä Gusto usgearbeitet, unterstützt vo links grün und sogar vo dä FDP. Der SVP hed das nid passt, ganz klar, aber ohne Schützehilfe und im Klimanotstand Modus isch sReferendum zergriffe wüchli recht gwagt gsi. Dä Huuseigentümer Verband hed das zum Glück dänn aber gmacht und die kantonale SVP heds unterstützt. Nach dem im Juni CO2 Gesetz vom Volk (usser im Kanton Zürich wo mit dä grosse Städt es Ja gha hend) abgelehnt worde isch, hemer erstmals richtig uftrieb gha und luege eigentlich zuversichtlich uf die Abstimmig. Wichtig isch das alli gönd go abstimme und es NEIN ilege.

Um was gahts? Lut Medien verursachtet Öl und Gasheizungen Ca 40% vo dä klimabelastende CO2 Emissionen im Kanton Zürich. Nach Schätzige sind noch öpä 120 tuusig settigi Heizige in Betrieb. Da bis anhin praktisch nu jedi Zweite Heizig wieder mitere glichlige ersetzt worde isch passt links grün nümä Mit dä änderig des Energiegesetz werdet die sogenannte Mustervorschriften (Muken) vom Jahr 2014 im Energierbereich umgesetzt. Das isch vo allnä Kantön erarbeitete Gesamtpaket wo schlussendlich jede Kanton cha selber usarbeite und im FALL vo Zürich extrem verschärft worde isch.

Dä grüni Buudirektor Neukom hed das als sis Baby agluegt und wie gseid en grosse verschäfig gegenüber vo den Mustervorlage inna tah. Da im Moment linksgrün dä Kantonsrat dominiert hemer vo afang probiert üs uf es paar wichtige Fakten zbeschränke und probiere das Gsetz einigermassen erträglich zha. Bi dä Ahörig vom Huuseigentümerverband isch ganz klar use cho

das dass faktische verbot vomene Ersatz vonere Ölheizig dä Bogen vollends überspannt. Es stahd nämlich jetzt im Gsetz das en Öl oder Gas heizig nicht ersetzt werden darf wenn uf die ganz Lebensdauer vonere klimaneutrale Heizig nid meh als 5% teurer käme. Das mer die Rechnig cha mache je nach dem isch au klar und vorallem wird das vomne Fachmann vom Kanton berechnet... Wie der das usrechnet respektive sin Job wer zahlt ghört zu dem Bürokratiemonster wo hie erschaffe wird. Die angekündigte Ausnahme wie en Härtefallregelig wenns us finanzielle Gründe oder au zum Beispiel us buuliche Gründe nid gaht wird vo Fall zu Fall abklärt und lied schlussendlich im Ermessen vo der Behörde, wemer Das?? Ganz klar nein. Als Beispiel: es älteres Ehepaar hed es Eifamilien Huus, dölheizig gid dä Geist uf. Faktisch mönds sofort en klimaneutrale wie Wärmepumpe, Erdsonde . Schnitzel etc inne tue. Das mer das Häusli aber allgemein sött sanieren und sicher besser dämmen etc zwingt schlussendlich das ältere Pärli zumne frühzeitige Verkauf. Falls das nu im Winter passiert, chamer nid eifach en nüe Brenner vonere ölheizig innestelle. E Wärmepumpe isch zum heutige Zytpunkt i dr Aschaffig immer nu 2-3 mal teure als e Ölheizig. Es werdet ganz viel Subventionen i die nüe Heizigsystem innebuttert, dadurch wird au die Berechnige vo dene 5% mehr als fragwürdig. I dä Zytig isch mehrmals vo dä Angst vo sogenannte Leerkündigunnen gredt worde und das isch sicher berechtigt. Mir in Wädi hend da sBeispiel Hangenmoos. Alte günstige Wohnungen werdet leerkündt und total saniert inkl. Höhere Mieten. Drum hed dä Mieterverband vo Zürich Stimmfreigabe beschlossen.

Wie gesagt mir sind in der Defensive gsi und hend am Neukom mehrmals gesagt das wenn er die faktische Pflicht das die Öl oder Gasheizung nicht ersetzt werden darf ins Gesetz schreibt, wir das Referendum ergreifen und sonst wäre er mit allen durchkommt. Lömer üs la überraschen Schlussendlich ist es eine Bevormundig vom mündigen Bürger ihnä vorzschreiben ie sie ihres Eigentum zu heizen habe und zudem ist es eine Zeitfrage, die neuen Technologien werden sich durchsetzen und hoffentlich sogar irgendwann ohne mehre tausende franken Subventioene.

Ich bitte Sie deshalb am 28. November ein NEIN zum Energiegesetz Kanto ZH einzulügen.»

Die Versammlung beschliesst mit 18 zu einer Stimme bei einer Enthaltung die **Nein-Parole**.

5. Kommunale Abstimmung: Auflösung OSW und Bildung einer Einheitsgemeinde

Corinne Fugmali weist darauf hin, dass es bei der Abstimmung nur darum gehe, zu prüfen, ob eine Einheitsgemeinde eingeführt werden soll. Es würde zunächst eine Vorlage ausgearbeitet, über die dann erst in 18 Monaten abgestimmt würde. Ein Ja zur Initiative bedeute nur ein Ja zur Aufnahme von Fusionsverhandlungen. Mit dem Zusammenschluss der Gemeinden sehen die Initianten keinen Grund mehr dafür, dass die OSW eigenständig sein müsse. Aus einer Fusion würden keine Einsparungen und Synergien resultieren. Die Annahme der Initiative führe zu unnötigen Abklärungen. Studien von anderen Gemeinden würden aber zeigen, dass keine Spareffekte erzielt werden könnten, zumal 90% der Kosten gebunden seien. Die OSW und die Schulpflege empfehlen aus diesen Gründen die Ablehnung der Initiative.

Die Versammlung beschliesst mit 11 zu 7 Stimmen bei einer Enthaltung die **Ja-Parole**.

6. Bericht aus der Fraktion

Charlotte Baer informiert über die einschlägigen Geschäfte in der Fraktion, insbesondere über den Stand der Debatten bezüglich Steuererhöhungen.

Zudem informiert Charlotte Baer über den Kredit von 21.7 Mio. betreffend das Schulhaus Ort, bei dem ein Erweiterungsbau vorgesehen sei. Da es ein Vorprojekt sei, könnten die Kosten bis zu 25 Mio. ausfallen. Das jetzige Projekt sei besser, da es flexibler sei und Sparanstrengungen umgesetzt worden seien, was die Sachkommission geprüft habe.

Ebenfalls sei die Revision des Geschäftsreglements des Gemeinderates in der Sachkommission ausgearbeitet worden, worin das kantonale Gemeindegesetz umgesetzt werden müsse.

6. Bericht aus der Schulpflege

Keine Bemerkungen.

Für das Protokoll:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Joss', written over a faint horizontal line.

A. Joss

Zürich, 27. Oktober 2021